

DANIEL BREWING

„WIR MÜSSEN UM UNS SCHLAGEN“

DIE ALLTAGSPRAXIS DER PARTISANENBEKÄMPFUNG IM GENERALGOUVERNEMENT 1942*

In den frühen Morgenstunden des 7. Dezember 1942 kreisten Truppen des I. motorisierten Gendarmerie-Bataillons in Zusammenarbeit mit dem Schützenzug Parczew und einem Jagdkommando des Polizeiregiments 25 das Dorf Bialka am Ostrand des großen, undurchdringlichen Parczewer Waldes ein.¹ Dieser Wald galt in besonderer Weise als „bandenverseucht“, als Schlupfwinkel und Rückzugsort verschiedener bewaffneter Gruppen. In seinem Einsatzbefehl an die ihm unterstellten Truppen hielt der Hauptmann der Gendarmerie Kurt Rogall, der stellvertretende Kommandeur des Gendarmerie-Bataillons, apodiktisch fest: „Einwohner des Dorfes Bialka sind als Bandenbegünstiger festgestellt.“ In das Fadenkreuz des Gendarmerie-Bataillons geriet das Dorf, da „Raubüberfälle an diesem Ort so gut wie nicht verübt worden“ seien. Für Kurt Rogall und die Männer des Gendarmerie-Bataillons stand aufgrund dieser Beweislage fest, „dass es sich beim größten Teil dieser Bevölkerung um Bandenbegünstiger, wenn nicht Banditen selbst handeln musste.“

Gendarmerie und Schützenzug sollten die Häuser und Stallungen des Dorfes „überholen“, nach Partisanen, partisanenverdächtigen Personen und Helfershelfern fahnden, „Juden und Flüchtende sind zu erschießen“. Die Leitung der Aktion übernahm der Leutnant der Gendarmerie Ostleitner, der überfallartig mit seinen Männern in das Dorf eindrang, die Einwohner aus ihren Häusern trieb und zur Befragung auf dem Marktplatz versammelte. Bei Vernehmungen des Gendarmerie-Bataillons sollten stets „die schärfsten

* Mein Dank gilt Stefanie Coché (Köln) und Stephan Lehnstaedt (Warschau) für die kritische Lektüre des Textes und wertvolle Hinweise. Ein *Ben and Zelda Cohen Fellowship* am *Center for Advanced Holocaust Studies* des *United States Holocaust Memorial Museum*, Washington D. C., hat die Arbeiten an diesem Aufsatz ermöglicht.

¹ Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens, Warschau (AIPN), GK 104/284, Bl. 99.

Mittel“ angewendet werden: Es galt als gesicherte Erfahrung, dass ein „Bandit“ häufig erst dann „gesprächig“ wird, wenn „neben ihm ein Helfershelfer erschossen“ werde.² Im Zuge dieser Vernehmungen stellten Leutnant Ostleitner und seine Männer „einwandfrei“ fest, dass 101 Männer des Dorfes „Helfershelfer“ der „Banditen“ waren. Sie wurden im Anschluss erschossen. Kurt Rogall, der sich während der Erschießungen in der Dorfschule aufgehalten hatte, richtete zum Abschluss dieser „Bandenbekämpfungsaktion“ eine Ansprache an die überlebenden Bewohner Bialkas „mit der Aufforderung, in der Bandenbekämpfung tatkräftig mitzuwirken“. Zufrieden hielt Rogall im Einsatzbericht fest, dass die Einwohner „unter spontanen Ausrufen und Beteuerungen“ nun ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei bekundeten.

Derartige Unternehmen zur „Partisanenbekämpfung“ entwickelten sich ab 1942 zu einem alltäglichen Gewaltphänomen im ländlichen Raum des Generalgouvernements.³ Der vorliegende Beitrag soll eine Analyse dieser spezifischen Gewaltform liefern, ohne indes den Anspruch zu erheben, den Komplex vollständig erfassen zu können. Der Aufsatz nimmt vielmehr die Anfänge der deutschen Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement im Jahr 1942 in den Blick, mithin den Moment, in dem sich die Besatzungsmacht tatsächlich mit größeren bewaffneten Gruppierungen konfrontiert sah. Er verfolgt dabei zwei Ziele: Zum einen soll die destruktive Wucht rekonstruiert werden, mit der der ländliche Raum getroffen wurde. Dafür wird insbesondere das Spannungsfeld von Intention und Situation bei der Durchsetzung von Gewaltmaßnahmen ausgeleuchtet.⁴ Besondere Aufmerksamkeit soll hierbei den vielfältigen Rechtfertigungsmustern gewidmet werden, die den massiven Gewalteinsatz gegen Zivilisten erst ermöglichten. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, welche Legitimationsstrategien der Ausübung und Dynamisierung von Gewalt Vorschub leisteten und jene Zone erlaubter Gewaltanwendung schufen, in der kaum noch Rücksichten auf die Zivilbevölkerung genommen werden musste.⁵

² AIPN GK 104/284, Bl. 13.

³ Es lassen sich freilich regionale Schwerpunkte deutscher Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement identifizieren: Insbesondere die Distrikte Lublin und Radom entwickelten sich zu Schauplätzen des Partisanenkrieges.

⁴ Krieg und Verbrechen. Situation und Intention: Fallbeispiele, hg. v. TIMM C. RICHTER, München 2006; Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, hg. v. CHRISTIAN HARTMANN u. a., München 2005.

⁵ JAN PHILIPP REEMTSMA, Tötungslegitimationen. Die mörderische Allianz von Zivilisation und Barbarei, in: Bruchlinien. Tendenzen der Holocaustforschung, hg. v. GERTRUD KOCH, Köln 1999, S. 85-103; DERS., Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008; auch: INGRAO, CHRISTIAN, Un champ de re-

Zum anderen ermöglicht eine Untersuchung der deutschen Partisanenbekämpfung Einblicke in den Besatzungsalltag auf dem Lande, über den bis heute kaum etwas bekannt ist.⁶ Die deutsche Herrschaft in den ländlichen Regionen Polens wird als vergleichsweise milde eingeschätzt, polnische Bauern gelten teilweise sogar als Besatzungsgewinner, da sie von der Intensivierung und Modernisierung der Landwirtschaft ebenso profitieren konnten, wie von hohen Lebensmittelpreisen auf dem Schwarzmarkt.⁷ Die Partisanenbekämpfung markiert vor diesem Hintergrund eine massive Ausdehnung von Gewaltpraktiken auf den ländlichen Raum, so dass sich ab 1942 das Leben in bestimmten Regionen des Generalgouvernements ganz erheblich brutalisierte und kaum mit den ersten Jahren der deutschen Herrschaft vergleichbar ist.

Der Beitrag gliedert sich in vier Teile. Zunächst wird die Untersuchung in laufende Forschungsdiskussionen eingebettet. Anschließend wird Partisanenbekämpfung als spezifische Form der Gewalt innerhalb des Gesamtprozesses deutscher Gewaltanwendung gegen polnische Zivilisten während des Zweiten Weltkriegs verortet. Danach soll die Entwicklung einer Partisanenbewegung im Generalgouvernement so weit skizziert werden, wie es zum Verständnis der deutschen Maßnahmen notwendig ist. Schließlich sollen die unterschiedlichen Formen der Bandenbekämpfung und ihre Auswirkungen auf die lokale Zivilbevölkerung analysiert werden. Dies schließt eine Ausleuchtung der vielgestaltigen Zusammenhänge der Partisanenbekämpfung mit kriegswirtschaftlichen Zielsetzungen und dem „Abschluss der Shoah“⁸ im Generalgouvernement ein.

recherche spécifique? La politique nazie de lutte contre les partisans, in: *Revue d'histoire de la Shoah* 187 (6-12/2007), S. 229-246.

⁶ Dies ist eines der wesentlichen Ergebnisse der Konferenz „Gewalt und Alltag im besetzten Polen“, veranstaltet vom DHI Warschau und dem *Muzeum II Wojny Światowej*, 20.-22.11.2009; ebenso der Konferenzbericht von MARKUS ROTH, Gewalt und Alltag im besetzten Polen, 20.11.2009-22.11.2009, Warschau, in: H-Soz-u-Kult, 30.6.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3188> (letzter Zugriff 11.11.2011); im Gegensatz dazu ist die Erforschung des Nexus von Alltag und Gewalt für den städtischen Raum wesentlich besser erforscht. Siehe für die Stadt Warschau jetzt umfassend: STEPHAN LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010.

⁷ Beispielsweise KLAUS-PETER FRIEDRICH, Über den Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Historiographie, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), S. 10-60; CZESŁAW RAJCA, *Walka o chleb, 1939–1944. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie*, Lublin 1991.

⁸ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „Aufgeräumt und abgebrannt“. Sicherheitspolizei und „Bandenkampf“ in der besetzten Sowjetunion, in: *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*, hg. v. GERHARD PAUL, Darmstadt 2000, S. 503-520, hier S. 517.

Forschungslage

In den letzten Jahren hat die Erforschung der deutschen Partisanenbekämpfung während des Zweiten Weltkriegs neu eingesetzt.⁹ Insbesondere die intensive Diskussion um die massenhafte Beteiligung von Soldaten der deutschen Wehrmacht an unterschiedlichen Massenverbrechen des Regimes hat wichtige Forschungsimpulse ausgelöst. Auf breiter empirischer Grundlage wurde ein neues, differenziertes Gesamtbild der Partisanenbekämpfung gezeichnet, das jahrzehntelang kolportierte Vorstellungen von einer vermeintlich legitimen Notwehr gegen „hinterhältige Banden“, „heimtückische Saboteure“ und „feige Heckenschützen“ revisionsbedürftig machte. Analytische Aufmerksamkeit fand nun die zunehmend ausweglose Situation der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, die zwischen die Mühlsteine der militärischen Auseinandersetzung von Partisanen und deutscher Besatzungsmacht geriet und so zu wehrlosen Opfern einer sich stetig radikalisierenden und brutalisierenden Praxis der deutschen Partisanenbekämpfung wurde.

Ohne Rekurs auf die simplifizierende Denkfigur eines „Partisanenkampfes ohne Partisanen“, deren Protagonisten die schiere Existenz einer Partisanenbewegung in Abrede stellten und die deutsche Partisanenbekämpfung als reinen Vorwand zur Durchsetzung rassenideologischer Zielsetzungen interpretierten,¹⁰ wird von der Forschung doch fast einhellig die unverhältnismäßige Gewaltanwendung im Rahmen von „Bandenkampfaktionen“ betont, die eben auch und vor allem die lokale Zivilbevölkerung traf.¹¹

⁹ Für die Forschungsdiskussion der letzten Jahre u. a.: WALTER MANOSCHEK, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993; Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, hg. v. HANNES HEER / KLAUS NAUMANN, Hamburg 1995; TIMM C. RICHTER, „Herrenmensch“ und „Bandit“. Deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik als Kontext des sowjetischen Partisanenkrieges (1941–44), Münster 1998; CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999; BEN SHEPHERD, War in the wild East. The German Army and Soviet partisans, Cambridge, Mass. 2004; PHILIP W. BLOOD, Hitler's bandit hunters. The SS and the Nazi occupation of Europe, Washington, D.C. 2006; Die sowjetische Seite wurde jetzt ebenfalls in den Blick genommen, v. a.: ALEXANDER BRAKEL, Unter Rotem Stern und Hakenkreuz. Baranowicz 1939 bis 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, Paderborn 2009; siehe auch: BOGDAN MUSIAL, Sowjetische Partisanen. 1941–1944: Mythos und Wirklichkeit, Paderborn / München 2009.

¹⁰ HANNES HEER, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, hg. v. HANNES HEER / KLAUS NAUMANN, Hamburg 1995, S. 104–137, hier S. 107.

¹¹ Forschungsberichte: LUTZ KLINKHAMMER, Der Partisanenkrieg der Wehrmacht 1941–1944, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER / HANS-ERICH VOLKMANN, München 1999, S. 815–836; BEN SHEPHERD, The Clean Wehr-

Ist dieser Befund weithin unstrittig, so sind doch zum Teil erhebliche Divergenzen in den jeweiligen Erklärungsansätzen für diese spezifische Form rücksichtsloser Gewalt gegen Zivilisten zu verzeichnen. Im Kern dreht sich die Debatte um die Gewichtung kultureller, intentionaler und situativer Faktoren, um die Auslotung des Verhältnisses von „anthropologischen Konstanten“,¹² rassenbiologischen Weltbildern, besatzungs-politischen Strategien und „militärischen Notwendigkeiten“. Dabei wurden auch Zusammenhänge mit analogen Gewaltkomplexen und Verflechtungen mit kriegswirtschaftlichen Politikfeldern im Kontext eines andauernden Krieges analysiert, die in der Summe eine grundsätzliche Multifunktionalität der Partisanenbekämpfung andeuteten, die über die reine Herstellung von Sicherheit hinausging.¹³

Diesem bemerkenswerten Forschungsschub steht allerdings eine räumliche Verengung einschlägiger Studien auf die besetzten Gebiete der Sowjetunion und den Balkan gegenüber, eine Begrenzung, die angesichts der Dimensionen des Partisanenkrieges in diesen Regionen sicherlich legitim ist, aber weite Landstriche des besetzten Europas kaum erfasst. Zwar haben diese Ansätze zuletzt durch einzelne Arbeiten eine räumliche Perspektiverweiterung erhalten, indem Transfer- und Adaptionsprozesse von Methoden der Bandenbekämpfung aus dem besetzten Osteuropa in westeuropäischen Regionen analysiert wurden.¹⁴ Doch noch immer bleiben Defizite der Forschung evident. Dies trifft insbesondere auf das besetzte zentralpol-

macht, the War of Extermination, and Beyond, in: *The Historical Journal* 52 (2009), S. 455-473; zuweilen dienen Studien zur deutschen Partisanenbekämpfung der Stillung von tagesaktuellen Deutungs- und Orientierungsbedürfnissen, insbesondere im anglo-amerikanischen Raum: JULIETTE PATTINSON / BEN SHEPHERD, *Partisan and Anti-Partisan Warfare in German-Occupied Europe, 1939-1945. Views from Above and Lessons for the Present*, in: *The Journal of Strategic Studies* 31 (2008), S. 675-693.

¹² Hierzu zählen nach Klaus Jochen Arnold etwa Angst, Rachegefühle, Opportunismus, Karrierestreben und Solidarisierungsmechanismen: KLAUS JOCHEN ARNOLD, *Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“*, Berlin 2005, S. 26 ff.

¹³ Vgl. hierzu v. a.: GERLACH, *Kalkulierte Morde*, S. 859-1055.

¹⁴ PETER LIEB, *Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44*, München 2007; DERS., *Repercussions of Eastern Front Experiences on Anti-Partisan Warfare in France 1943-44*, in: *The Journal of Strategic Studies* 31 (2008), S. 797-823; CARLO GENTILE, *Wehrmacht, Waffen-SS und Polizei im Kampf gegen Partisanen und Zivilbevölkerung in Italien, 1943-1945*, Paderborn 2012 (im Druck).

nische Gebiet des Generalgouvernements zu, das bislang unter diesem Aspekt kaum Interesse der Forschung auf sich gezogen hat.¹⁵

Dabei verdient die deutsche Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement aus wenigstens vier Gründen besondere Beachtung: *Erstens* war das Generalgouvernement aufgrund seiner geographischen Lage das wichtigste Transitland für den Krieg gegen die Sowjetunion, die überwiegende Mehrheit des rollenden Materials musste auf dem Weg zur Ostfront das Generalgouvernement passieren und war dabei potentiellen Gefahren von Anschlägen ausgesetzt. *Zweitens* diente das Generalgouvernement Truppen der deutschen Wehrmacht als bedeutsamer „Ruheraum“, in den sie zur Auffrischung und Erholung von den Kriegsschauplätzen der Ostfront zurückgezogen wurden.¹⁶ *Drittens* nahm das Generalgouvernement als riesiges Reservoir an Zwangsarbeitern und bedeutsamer Lieferant landwirtschaftlicher Produkte eine zunehmend exponierte Position auch im kriegswirtschaftlichen Gefüge des „deutschen Ostens“ ein. *Viertens* lag das Generalgouvernement an der Schnittstelle verschiedener, vielfach verflochtener Stränge der Verfolgung und Vernichtung im deutsch besetzten Osteuropa, die das Gebiet zu einem Schauplatz des Massenmords an den Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen machte.

Das Auftreten größerer bewaffneter Gruppierungen musste die Verantwortlichen im Sicherheitsapparat des Generalgouvernements zu einer beschleunigten Reaktion herausfordern, um die Stabilität des militärstrategisch und kriegswirtschaftlich bedeutsamen Raumes weiterhin garantieren zu können.

Gewalt, Radikalisierung und Widerstand

Die Holocaustforschung hat in den letzten Jahren die Gewaltentfaltung und die Verfolgungspraxis der „Endlösung“ als dynamischen Prozess gedeutet,

¹⁵ Auf dieses Forschungsdesiderat hat zuletzt Włodzimierz Borodziej hingewiesen: „Ein wirklich erschöpfendes Werk über die ‚Pazifizierung‘ der polnischen Dörfer liegt nicht vor, [dieser Gewaltkomplex] ist eine ungeschriebene Geschichte.“ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2.2.2008. Wichtige, überwiegend deskriptive Ansätze der älteren polnischen Forschung sind kaum weiterentwickelt worden; v. a.: CZESŁAW MADAJCZYK, *Hitlerowski terror na wsi polskiej 1939–1945. Zestawienie wiekszych akcji represyjnych*, Warszawa 1965; JÓZEF FAJKOWSKI, *Wież w ogniu. Eksterminacja wsi polskiej w okresie okupacji hitlerowskiej*, Warszawa 1972; DERS. / JAN RELIGA, *Zbrodnie hitlerowskie na wsi polskiej 1939–1945*, Warszawa 1981; zuletzt hat der FAZ-Korrespondent in Warschau, Konrad Schuller, eine einfühlsame Schilderung der Vernichtung eines Dorfes im Distrikt Lublin vorgelegt: KONRAD SCHULLER, *Der letzte Tag von Borów. Polnische Bauern, deutsche Soldaten und ein unvergangener Krieg*, Freiburg 2009.

¹⁶ LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten*, S. 36.

der nicht auf einem einheitlichen Aktionsplan und zentraler Befehlssteuerung beruhte, sondern durch ein komplexes Zusammenspiel von diversen Impulsen der Berliner Zentralbehörden und Handlungsentscheidungen verschiedener Akteure an der Peripherie vorangetrieben wurde.¹⁷

Als rassenpolitischer Kern der NS-Ideologie spiegelt die „Endlösung der Judenfrage“ zweifellos auch das Verlaufsmuster anderer nationalsozialistischer Verfolgungskontexte, die in Kategorien stringenter Systematik oder deterministischer Linearität wohl nicht mehr zu begreifen sind.¹⁸ So ist auch die deutsche Gewalt gegen die ethnisch polnische Zivilbevölkerung nicht als konsequente Umsetzung intentionaler Maßnahmen zur „biologischen Vernichtung der polnischen Nation“¹⁹ zu begreifen, sondern wurde vielmehr in erheblichem Ausmaß von der Praxis der allgemeinen Bestatzungspolitik bestimmt, der im Rahmen deutscher Herrschaft in Polen von 1939 bis 1945 differenzierte Zeit- und Handlungsperspektiven zugrunde lagen.²⁰

Langfristig visierten die deutschen Funktionseleiten eine „völkische Neuordnung“ des gesamten europäischen Kontinents und insbesondere der besetzten polnischen Gebiete an. Kernbestand dieser im Generalplan Ost gipfelnden Planungen war die Vertreibung und Ermordung von Teilen der

¹⁷ DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a. M. 1993; THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz, 1941–1944, Bonn 1996; CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; JACEK A. MLYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; zusammenfassend: PETER LONGERICH, Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15/2007, S. 3-7; KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Dr. Jekyll & Mr. Hyde. Der Täterdiskurs in Wissenschaft und Gesellschaft, in: Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN / ANDREJ ANGRICK, Darmstadt 2009, S. 292-319.

¹⁸ JÜRGEN MATTHÄUS, Holocaust und Antisemitismus: Spezifika, Disparitäten, Zusammenhänge, unv. Manuskript (2008). Ich danke Jürgen Matthäus (Washington, D. C.) für die freundliche Überlassung des Textes.

¹⁹ CZESŁAW MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1944, Berlin (Ost) 1987.

²⁰ Zum Folgenden: ULRICH HERBERT, Arbeit und Vernichtung. Über Konvergenzen und Widersprüche nationalsozialistischer Politik, Vortrag in der Arbeitskammer Wien am 27.7.2007 im Rahmen der Tagung „Arbeit und Vernichtung“ des Wiener Wiesenthal Centers für Holocaust-Studien, http://www.vwi.ac.at/aktagung/starttagung_ak.htm (letzter Zugriff 11.11.2011).

einheimischen Bevölkerung. *Mittelfristig* wurde eine maximale Ausbeutung der besetzten polnischen Gebiete zur Verbreiterung der rüstungs- und ernährungswirtschaftlichen Basis angestrebt, um den Dauerkrieg gegen die Sowjetunion erfolgreich über einen unerwartet langen Zeitraum führen zu können. *Kurzfristig* reagierte der deutsche Besatzungsapparat ad hoc auf Fälle unmittelbarer militärischer, kriegswirtschaftlicher und besatzungs-politischer Zwänge.

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Zeitebenen entfaltete sich die deutsche Gewaltpraxis im Zeitablauf durch langfristige Planungen und kurzfristige Entscheidungen, radikalisierte sich das deutsche Vorgehen durch die Verknüpfung von Kriegführung, rassenpolitischen Großprojekten, Ernährungs-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik.²¹ Die dabei auftretenden Interessen- und Konfliktkonstellationen innerhalb des Besatzungsapparates riefen ungezählte Gegenläufigkeiten, Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche hervor und führten im Zeitablauf zu bemerkenswerten Divergenzen in der Praxis der Gewalt.²² Diese unterlag sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Fokussierung auf bestimmte Gruppen der polnischen Zivilbevölkerung bedeutenden Veränderungen.²³ Das deutsche Vorgehen war also bemerkenswert vielfältig und unkoordiniert; ein *grand design* zur Tötung polnischer Zivilisten ist zu keinem Zeitpunkt erkennbar. Vielmehr handelt es sich um einen dynamischen, komplexen Prozess, in dessen Verlauf einzelne Mordkampagnen auf regionaler und lokaler Ebene durchgesetzt wurden.²⁴

Das Jahr 1942 markiert vor diesem Hintergrund in vielerlei Hinsicht einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft. Im Kontext des überraschend hartnäckigen Widerstandes der Roten Armee, der die Truppen der deutschen Wehrmacht in eine unerwartet dauerhafte militärische Auseinandersetzung zwang, wurden die Parameter der deutschen Besatzungspolitik sukzessive so verschoben, dass langfristige Pläne allmählich zugunsten mittel- und kurzfristiger Politikziele in den

²¹ BIRTHE KUNDRUS, Entscheidung für den Völkermord. Einleitende Überlegungen zu einem historiographischen Problem, in: Mittelweg 36 (2006), S. 4-17.

²² MARTIN BROZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961; GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Frankfurt a. M. 1969; MADAJCZYK, Okkupationspolitik.

²³ Darauf hat zuletzt u.a. Robert Seidel in seiner Studie über den Distrikt Radom aufmerksam gemacht: ROBERT SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006, hier S. 170-213.

²⁴ Der Verfasser arbeitet derzeit an einer größeren Studie zur Gewalt gegen ethnische Polen im besetzten Polen.

Hintergrund traten.²⁵ In der Konsequenz liefen 1942 verschiedene längere, vielfach verflochtene Prozesse zusammen, die gewiss nicht auf ein einziges Jahr zu datieren sind, sondern teils bereits zuvor in Gang gesetzt wurden, teils erst ein wenig später. Dennoch bedeutet „1942“ als Kulminationspunkt unterschiedlicher Entwicklungen eine Zäsur.

Erstens bündelten sich 1942 verschiedene Stränge der deutschen „Judenpolitik“ im Generalgouvernement zur nun systematischen Ermordung der polnischen Juden in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka. Regionale Mordkampagnen aus dem Spätherbst 1941 und dem Frühjahr 1942 in den Distrikten Galizien und Lublin wurden ab Sommer 1942 in ein räumlich umfassendes Mordprogramm überführt, dessen schreckliche Realität durch Massenerschießungen, brutale Ghetto-Räumungen und den qualvollen Erstickungstoden in den Gaskammern der Vernichtungslager geprägt war.²⁶ *Zweitens* setzte in einem parallelen Gewaltkomplex ab Herbst 1941 in den Durchgangslagern auf dem gesamten Gebiet des Generalgouvernements ein intendiertes Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen ein. Bis zum 15. April 1942 starben einer Aufstellung des Oberquartiermeisters beim Militärbefehlshaber im Generalgouvernement zufolge 292.560 sowjetische Kriegsgefangene an vollkommen unzureichender Ernährung, Infektionskrankheiten und bitterer Kälte. Weitere 17.256 Kriegsgefangene waren „an den SD übergeben“ und erschossen worden. Insgesamt verloren 85,7 % aller sowjetischen Kriegsgefangenen in diesem Gebiet ihr Leben.²⁷ *Drittens* wurde die Zivilverwaltung des Generalgouvernements 1942 mit vehementen Forderungen verschiedener Berliner Zentralbehörden nach einer Steigerung des kriegswirtschaftlichen Beitrags des Generalgouvernements konfrontiert. 1942 lieferte das Generalgouvernement unter Anwendung brutaler Gewalt 398.959 Zwangsarbeiter, 504.000 Tonnen Getreide, 237.000 Tonnen Kar-

²⁵ Freilich gilt diese Feststellung nicht absolut, deutet aber eine grundlegende Tendenz an: vgl.: CHRISTIAN GERLACH, Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942. Das Generalgouvernement und die Westukraine, in: DERS., Krieg, Ernährung, Völkermord, S. 167-257, hier S. 252 ff.

²⁶ Nach aktuellem Kenntnisstand wurden bis Ende des Jahres 1942 etwa 1,7 Millionen polnischer Juden unter diesen grauenhaften Umständen ermordet. Als Überblick: DIETER POHL, Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement, in: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, hg. v. ULRICH HERBERT, Frankfurt a. M. 2001, S. 98-121.

²⁷ Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im Generalgouvernement ist kaum erforscht. Siehe jedoch die Hinweise bei: CHRISTIAN STREIT, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1997, S. 134; siehe auch: WIESŁAW MARCZYK, Jeńcy radzieccy w niewoli Wehrmachtu na ziemiach polskich w latach 1941–1945, Opole 1987.

toffeln und 33.000 Tonnen Fleisch – mehr als jemals zuvor unter deutscher Herrschaft.²⁸

In der Summe schraubten die Ausbeutungs- und Vernichtungsmaßnahmen des Jahres 1942 das Gewaltlevel der deutschen Besatzungsherrschaft im Generalgouvernement in neue Dimensionen. Für weite Teile der polnischen Zivilbevölkerung entwickelte sich dieser Radikalisierungsschub zu einer leidvollen und demütigenden Erfahrung von um sich greifender Verarmung, existenzieller Bedrohung und allgegenwärtiger Gewalt: Die Planziffern der „Erfassungsaktionen“ von Zwangsarbeitern konnten nur durch gewalttätige Polizeiaktionen und regelrechte Menschenjagden erreicht werden,²⁹ während die Lebensmittelzuweisungen an polnische Bürger so niedrig waren, dass in den Spitzengremien des Besatzungsapparates unverhohlen vom „absoluten Aushungerungsstatus“³⁰ gesprochen wurde. Im Kontext des Massenmords an polnischen Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen führte diese Herrschaftspraxis zu einer Veralltäglichsung von Gewalt und einer außerordentlichen Brutalisierung des Besatzungsalltags im Generalgouvernement.

Diese zugespitzte Situation im Jahr 1942 bildet den historischen Rahmen für das Auftreten größerer bewaffneter Gruppierungen in den Wäldern des Generalgouvernements. Es waren dies zunächst Flüchtlinge aus Lagern für sowjetische Kriegsgefangene, die sich ab Oktober 1941 flächendeckend über das Land erstreckten. In Anbetracht des gigantischen Massensterbens der Kriegsgefangenen nutzten Zehntausende die Chance zu fliehen und hielten sich in den Wäldern versteckt.³¹ Zu diesen geflohenen sowjetischen Kriegsgefangenen stießen – verstärkt im Zuge der Auflösung der Ghettos und der Ermordung ihrer Insassen ab Sommer 1942 – ungefähr 50.000 polnische Juden, denen während der Ghattoliquidierungen und Deportationen in die Vernichtungslager die Flucht gelang.³² Diese Flüchtlinge der beiden großen Gewaltkomplexe waren zunächst freilich reine Überlebensgruppen, die erst im Laufe der Zeit und auch nur in Teilen bewaffnete Partisanengruppen bildeten. Für viele junge Polen war hingegen 1942 die

²⁸ CZESŁAW ŁUCZAK, *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, Poznań 1993, S. 175-182; DERS., *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979, S. 400.

²⁹ MARKUS ROTH, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009, S. 119-151.

³⁰ Die Ausführungen Hans Franks am 14.12.1942, in: *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen, 1939-1945*, hg. v. WERNER PRÄG / WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975.

³¹ STREIT, *Keine Kameraden*, S. 134.

³² Zu den jüdischen Partisanen grundsätzlich: SHMUEL KRAKOWSKI, *The War of the Doomed. Jewish Armed Resistance in Poland, 1942-1944*, New York 1984.

brutale Rekrutierung von Zwangsarbeitern das entscheidende Signal, sich in die Wälder abzusetzen, um einer Verschickung in das Reichsgebiet zu entgehen.³³ Dort bildeten sie oder stießen sie auf kommunistische³⁴ und bürgerliche³⁵ Partisanengruppen, die zuweilen aufgrund politischer Frontlinien in solch scharfem Kontrast zueinander standen, dass die unterschiedlichen Vorstellungen über eine zukünftige politische und gesellschaftliche Ausgestaltung des polnischen Staates zu erheblichen Rivalitäten und Spannungen führten, die zum Teil erbittert ausgetragen wurden und die Bekämpfung deutscher Besatzungstruppen sogar überlagern konnten.³⁶

Die Aktivitäten dieser unterschiedlichen Gruppierungen zielten in erster Linie darauf, die Handlungskompetenzen der deutschen Besatzungsverwaltung einzuschränken: Einrichtungen der Gemeindeverwaltungen wurden zerstört, das deutsche und polnische Verwaltungspersonal wurde zunehmend Opfer von Anschlägen, Kontingents- und Arbeiterlisten wurden ebenso vernichtet wie Steuerlisten und Strafbücher.³⁷ Wirkliche militärische Bedeutung erlangten die bewaffneten Gruppen in den Wäldern des Generalgouvernements im Vergleich zur sowjetischen Partisanenbewegung in Weißrussland zu keinem Zeitpunkt. Dennoch stellten sie im Zeitablauf eine permanente Bedrohung der deutschen Herrschaft in bestimmten Regionen des Generalgouvernements dar, indem sie gezielt die deutschen Ausbeutungsmaßnahmen durch Attentate, Sabotageaktionen und Überfälle untergruben.³⁸

³³ WOLFGANG JACOBMEYER, Die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement und ihre Beurteilung durch deutsche Dienststellen, in: VfZ 25 (1977), S. 658-681.

³⁴ PIOTR GONTARCZYK, Polska Partia Robotnicza. Droga do władzy 1941-1944, Warszawa 2003; STEFAN MEYER, Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die Legitimationsstrategien der Polnischen Arbeiterpartei 1944-1948, Berlin 2008, S. 39-58.

³⁵ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Politische und soziale Konturen des polnischen Widerstands, in: September 1939. Krieg Besatzung Widerstand in Polen, hg. v. CHRISTOPH KLESSMANN, Göttingen 1989, S. 95-116; DERS., Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 210-216.

³⁶ Die Beurteilung dieser innerpolnischen Konfliktlinien ist nach wie vor höchst umstritten: EDMUND DMITRÓW / JERZY KULAK, Der polnische „Historikerstreit“ zur Armia Krajowa, in: Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, hg. v. BERNHARD CHIARI, München 2003, S. 807-846.

³⁷ Vgl. auch die resümierenden Betrachtungen des deutschen Besatzungspersonals: PRÄG / JACOBMEYER, Diensttagebuch, S. 668-678 (Eintrag vom 28.5.1943).

³⁸ Insbesondere nachdem zur Jahreswende 1942/43 im Zuge des siedlungspolitischen Großprojekts „Aktion Zamość“ die zunächst kleinen bewaffneten Gruppen des bürgerlichen und kommunistischen Widerstands und die teilweise in diese Gruppen integrierten jüdischen und sowjetischen Flüchtlinge stärkeren Zulauf erhielten.

In der Perspektive des deutschen Besatzungsapparates hatte sich so zur Jahreshälfte 1942 eine als bedrohlich empfundene Situation entwickelt, die kein zögerliches Verharren in der Passivität mehr erlaubte, sondern das sofortige Zeigen von Stärke, eine unmittelbare Demonstration von Macht verlangte. Das Auftreten immer stärker werdender bewaffneter Gruppen auf dem Gebiet des Generalgouvernements setzte die deutschen Stellen im Kontext eines Dauerkrieges gegen die Sowjetunion so unter ganz erheblichen, subjektiven Handlungsdruck, wenn sie etwa Störungen im wichtigen Verkehrssystem vermeiden oder die Effektivität ihres Ausbeutungs- und Vernichtungssystems sichern wollten. Generalgouverneur Hans Frank forderte angesichts der zugespitzten Situation nachdrücklich: „Wir müssen um uns schlagen.“³⁹ Insbesondere der deutsche Sicherheitsapparat im Generalgouvernement wurde durch diese Bedrohungsszenarien unter massiven Zugzwang gesetzt: „Vielleicht ist es jetzt auch eine Warnung, dass man ein wildes Land auf ‚feine Art‘ nicht regieren kann“, so formulierte es etwa Gottlob Berger, der Chef des SS-Hauptamtes, in einem Privatbrief an den Reichsführer-SS, Heinrich Himmler; Grundsatz des polizeilichen Vorgehens im Generalgouvernement müsse nun sein, „lieber zwei Polen zu viel als einen zu wenig zu erschießen“.⁴⁰

Sicherheit und Gewalt

Die Auseinandersetzung zwischen den bewaffneten Gruppierungen und dem Sicherheitsapparat im Generalgouvernement vollzog sich zumindest teilweise in den Parametern der klassischen Konfrontation des Partisanenkriegs: Anschläge, Sabotageakte, Plünderungen und Attentate der Partisanen wurden als militärische Herausforderung begriffen, der auf deutscher Seite mit militärisch konzipierten „Aktionen“ begegnet wurde. Im Folgenden liegt der Fokus der Untersuchung jedoch nicht auf dieser Auseinandersetzung zwischen Partisanen und Besatzern, sondern richtet sich vielmehr auf die grundlegenden, repetitiven Formen alltäglicher Gewalt gegen die ländliche Zivilbevölkerung im Rahmen der Partisanenbekämpfung.

Am 18. Juni 1942 kamen Vertreter der Regierung des Generalgouvernements und die Spitzen des SS- und Polizeiapparates im Generalgou-

³⁹ PRÄG / JACOBMEYER, Dienstagebuch, S. 611

⁴⁰ Berger bezog sich in seinem Brief vom 17.6.1942 auf die Abberufung des Sonderkommandos Dirlwanger aus dem Distrikt Lublin wegen diverser disziplinarischer Vorgehen. Zitiert nach: HELLMUTH AUERBACH, Die Einheit Dirlwanger, in: VfZ 10 (1962), S. 250-265, hier S. 265; umfassend: CHRISTIAN INGRAO, Les chasseurs noirs. La brigade Dirlwanger, Paris 2006.

vernement zu einer „Polizeisitzung“ zusammen, um über die mittlerweile als ernst empfundene Sicherheitslage zu diskutieren.⁴¹ In einem Impulsreferat skizzierte der Höhere SS- und Polizeiführer Ost, Friedrich-Wilhelm Krüger, die Situation „auf den ersten Blick“ angesichts „zahlreicher Meldungen über Gewalttaten, Raubüberfälle etc.“ als durchaus ernst, fügte aber hinzu, dass man aufgrund einer dünnen Personaldecke nicht über eine ausreichende Zahl von Polizeikräften verfüge, um „die Partisanen mit Stumpf und Stiel auszurotten“.

Aus diesem Eingeständnis der eigenen Schwäche zog man im deutschen Sicherheitsapparat eine doppelte Konsequenz: *Erstens* ordnete Heinrich Himmler eine Aufstockung des Sicherheitspersonals durch Verlegung diverser Polizeikräfte in das Generalgouvernement an. Per Schnellbrief befahl er so unter anderem die Aufstellung eines motorisierten Gendarmerie-Bataillons „zum vorübergehenden Einsatz im Generalgouvernement“⁴². Zusammengesetzt aus aktiven Beamten und Reservisten, die von Dienststellen der Gendarmerie aus dem gesamten Reichsgebiet abgeordnet worden waren, sollte das Bataillon als überregionale Exekutivkraft in verschiedenen Distrikten kleinere und größere Unternehmen zur Partisanenbekämpfung leiten. Unter dem Kommando des Majors der Gendarmerie Erich Schwieger rückte das Bataillon zumeist in Zug- oder Gruppenstärke zu einer Vielzahl von „Aktionen“ aus, um einzelne „bandenverseuchte“ Gebiete immer wieder zu durchkämmen. *Zweitens* wurde der Einsatz der örtlichen Ordnungspolizei bei der Partisanenbekämpfung „auf beweglicher Grundlage unter starker Dezentralisierung der Kräfte“⁴³ organisiert.

Um „hart und rücksichtslos“ die von Himmler am 9. Juli 1942 geforderte „totale Befriedung der unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete“⁴⁴ zu erreichen, griff man 1942 im Generalgouvernement auf die „Taktik der Gendarmerie, d. h. die Bekämpfung durch Kleinkrieg“⁴⁵ zurück. Das Vorgehen gegen die bewaffneten Gruppen in den Wäldern des GG war so zunächst weitgehend eine übliche Aufgabe der über den ländlichen Raum verstreuten Truppen der Ordnungspolizei, die in kleineren

⁴¹ PRÄG / JACOBMEYER, Dienstagebuch, S. 506 ff. (Eintrag vom 18.6.1942).

⁴² Bundesarchiv Ludwigsburg (BAL), B 162/6092, Bl. 19 ff.

⁴³ BAL Dokumentensammlung Polen 365 A 4, Regimentsbefehl KdO Lublin, 9.7. 1942.

⁴⁴ Während der Besprechung Himmlers mit Spitzenvertretern diverser SS- und Polizeiapparate aus den besetzten Gebieten Osteuropas befanden sich unter den Anwesenden auch Krüger, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Dr. Eberhard Schöngarth, und der SS- und Polizeiführer Lublin, Odilo Globocnik: PETER WITTE u. a., Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hamburg 1999, S. 482 ff.

⁴⁵ BAL Dokumentensammlung Polen 365 A 4, Regimentsbefehl KdO Lublin, 9.7. 1942.

Aktionen und alltäglichen Streifzügen Partisanenbekämpfung als Alltagspraxis ausübten. Dabei fiel den deutschen Polizeikräften die polizeiliche Sicherung und „Befriedung“ abgelegener Regionen an der Peripherie des deutschen Herrschaftsbereichs zu. Dieser spezifische räumliche Kontext der Aktionen bedeutete eine gewisse Distanz zu den zentralen, befehlsgebenden Stellen und stattete die Kommandeure und Mannschaftsdienstgrade vor Ort mit einem nicht unbeträchtlichen Maß an Autonomie bei der Umsetzung und Planung von Aktionen aus.

Gewöhnlich gaben die SS- und Polizeiführer oder die Kommandeure der Ordnungspolizei allgemeine Befehle zur Wiederherstellung von „Sicherheit und Ordnung“ in bestimmten Gegenden aus und überprüften ex post facto die Ergebnisse der Aktionen anhand der eingereichten Tages- oder Wochenberichte ihrer Einheiten. Vor Ort jedoch waren es die Einsatzführer, die solchen Rahmenbefehlen in ihrer aktuellen Umgebung durch Interpretationsleistungen Bedeutung verliehen und an die Bedingungen vor Ort anpassten.⁴⁶ Im Sinne des Führungssystems der Auftragstaktik wurden so bemerkenswerte Entscheidungskompetenzen an die Kommandeure vor Ort delegiert, die mit einem beträchtlichen situativen Ermessensspielraum den Befehlen in ihrem Bereich Sinn verliehen und so zu „Herren über Leben und Tod“ im ländlichen Raum des besetzten Polens wurden.⁴⁷

In diesem Rahmen gingen deutsche Polizisten mit bemerkenswerter Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vor. Insbesondere das motorisierte Gendarmerie-Bataillon überzog die entlegenen ländlichen Räume der Distrikte Radom und Lublin mit solch exzessiver Gewalt, dass bei anderen Einheiten geraunt wurde, „dass dieses Gendarmerie-Bataillon durch das Land fuhr und in rücksichtsloser Weise alles erschoss, was ihm vor die Flinte kam“.⁴⁸ Einen anschaulichen Bericht über die alltägliche Praxis des Bataillons im Distrikt Lublin liefern die Aufzeichnungen eines Funktrupps, der dem Kradschützenzug des Bataillons zugeordnet war und diesen in die

⁴⁶ JÜRGEN MATTHÄUS, What about the „Ordinary Men“? The German Order Police and the Holocaust in the Occupied Soviet Union, in: Holocaust and Genocide Studies 10 (1996), S. 134-150; MALLMANN, „Aufgeräumt und abgebrannt“; DERS., Die Türöffner der „Endlösung“. Zur Genesis des Genozids, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, hg. v. PAUL, Darmstadt 2000, S. 437-463.

⁴⁷ „Im Führungssystem der Auftragstaktik werden die Befehlshaber dazu erzogen, ihren Untergebenen zu befehlen, was sie zu tun haben, aber nicht, wie das zu geschehen hat“, zitiert nach: MARTIN VAN CREVELD, Kampfkraft. Militärische Organisation und Leistung 1939-1945, Graz 2005, S. 51 ff.

⁴⁸ BAL 162/6029, Bl. 110 ff., hier: Bl. 114, Aussage Wolfgang H., 1. Februar 1963; zuerst zitiert bei: JOCHEN BÖHLER, Totentanz. Die Ermittlungen zur „Aktion Erntefest“, in: Die Gestapo nach 1945, hg. v. MALLMANN / ANGRICK, S. 235-254, hier S. 241.

Region Janów, nordostwärts des San gelegen, begleitete. In atemloser Diktion notierte der Schreiber das Geschehen des 29. September 1942:

„0700 Uhr Abfahrt nach Kolonie Osowek. Dort wurden alle Dorfbewohner zusammengeholt, und nach längerem Verhör etwa 15 Helfershelfer umgelegt. 1 Gehöft wurde in Brand gesteckt. Darauf um 1030 Uhr Abfahrt nach Osowek. Auch dort wurden die Dorfbewohner vor dem Haus des Soltys [Ortsvorsteher] herangeholt und 14 verdächtige Personen und ein Bandit, der flüchtete, erschossen. Um 1240 Uhr erreichte uns der Befehl, drei näher bezeichnete Dörfer, die als Schlupfwinkel von Verbrechern bekannt wurden, niederzubrennen. [...] Durch Funkspruch erhielt ich dort Weisung nach Kruczina weiterzufahren [...]. Dort war beim Eintreffen des Funktrupps die Aktion bereits in vollem Gange. Die Zahl der Erschossenen ist nicht bekannt, es können etwa 10 gewesen sein. Das Dorf wurde vollständig niedergebrannt. [...] Abfahrt nach Ort 014 [sic!]. Das Dorf war zu 2/3 von den Bewohnern verlassen, der Rest wurde erschossen, das ganze Dorf in Brand gesteckt. Eine weitere Aktion konnte anschließend nicht mehr durchgeführt werden, da der ganze Zug zur Bekämpfung eines Waldbrandes eingesetzt wurde. Um 1830 Uhr war jede Gefahr beseitigt, und der Zug rückte ins Quartier ein.“⁴⁹

In einer Ergebnismeldung hielt Schwieger fest: „Im Abschnitt II hat der Kradschützenzug [...] insgesamt 45 Helfershelfer und Flüchtende erschossen. Feindberührung hat der Zug nicht erhalten.“⁵⁰ Dieses Beispiel demonstriert, dass die Gewalt nicht der Dynamik eines erbitterten Partisanenkrieges – im Sinne tatsächlicher Kampfhandlungen – entsprang, sondern einer bewusst vorab gewählten Option der „präventiven“ Gewalt entsprach.⁵¹

Im Kontext eines jeden Partisanenkrieges ist die Haltung der Bevölkerung, die zwischen die Fronten der Auseinandersetzung von Partisanen und Besatzern gerät, von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Konflikts. Bei der Zivilbevölkerung können die Partisanen dringend benötigte Versorgungsmöglichkeiten und potentielle Rekrutierungsbasen finden, hier können sie untertauchen oder wichtige Nachrichten über Bewegungen und Vorhaben der Besatzer erhalten. Ohne eine loyale oder zumindest duldende Haltung der Zivilbevölkerung ist ein Partisanenkrieg kaum erfolgreich zu führen. Vor diesem Hintergrund wird „Partisanenbekämpfung“ in der Regel so konzeptualisiert, dass die Partisanen nicht auf diese wichtige

⁴⁹ AIPN GK 104/285, Bl. 96, Einsatzbericht des Funktrupps 9, zugeteilt dem Kradschützenzug von Leutnant Schuster.

⁵⁰ AIPN GK 104/284, Bl. 62, I. Gend.-Batl. (mot.) an das Pol.-Rgt. 25, Ergebnismeldung, 30.9.1942.

⁵¹ Mit ähnlichem Befund für die besetzten sowjetischen Gebiete: MALLMANN, „Aufgeräumt und abgebrannt“, S. 507.

Ressource zurückgreifen oder von ihr profitieren können. Das Spektrum möglicher Handlungsoptionen zur Loyalitätssicherung reicht dabei von der Ausübung massiver Gewalt zur Erzwingung von Kooperationsbereitschaft bis zu konzilianteren Methoden, um „Köpfe und Herzen“ der Zivilbevölkerung zu gewinnen.⁵² Die Praxis der deutschen Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement orientierte sich unzweifelhaft an ersterem und war eng verbunden mit brutaler Gewaltanwendung, um sämtliche Einwohner des ländlichen Raums in eine loyale Haltung gegenüber der Besatzungsmacht zu zwingen. Polnische Bauern wurden in Kollektivhaftung für Partisanenaktivitäten in der Umgebung ihrer Höfe genommen; die beteiligten Truppen aus dem SS- und Polizeiapparat wurden darauf hingewiesen, „dass die Einwohner eines jeden Dorfes für das Auftreten von Banditen an ihrem Ort oder dessen näherer Umgebung unnachlässiglich zur Rechenschaft gezogen werden“.⁵³

Von der ländlichen Zivilbevölkerung wurde erwartet, das Auftreten von bewaffneten Gruppen rechtzeitig zu melden und diejenigen Dorfbewohner anzuzeigen, die den „Banditen“ Unterstützung leisteten.⁵⁴ In Ansprachen an die Bevölkerung wurde mit Nachdruck betont, dass schon reine Passivität als widersetzliches Verhalten gedeutet und „scharfe Gegenmaßnahmen“ nach sich ziehen werde. „Denke jeder daran, dass die Banditen nur erfolgreich bekämpft werden können, wenn die Landeseinwohner die getroffenen Anweisungen befolgen.“ Im Gegenzug wurde versichert: „Wer der Polizei in dieser Weise hilft, wird auch von uns unterstützt.“ Es wurden Belohnungen für Hinweise ausgesprochen, die zur Ergreifung von „Banditen und ihren Helfern“ führten. Angesichts des oben angesprochenen Personalmangels im SS- und Polizeiapparat wurde die ländliche Bevölkerung verstärkt sogar zu Eigeninitiative angeregt, zur Selbstjustiz ermuntert und zu eigenständigen Tötungen von Partisanen ermächtigt: „Wer Banditen und Helfer ergreift oder unschädlich macht, wird besonders unterstützt werden.“ Freilich stand hinter diesen Bemühungen um eine aktive Teilnahme der Bevölkerung an der deutschen Partisanenbekämpfung die nötige Gewaltandrohung: „Wer das nicht tut, ist für uns ein Bandit.“

Im Kontext dieser Partisanenbekämpfung vermischten sich vor Ort sukzessive die leitenden Begriffe „Bandit“, „Helfer“ und „Helfershelfer“, produzierten so definitorische Uneindeutigkeiten, schufen Assoziationen allgegenwärtiger Bedrohung und erzeugten eine jederzeit abrufbare Gewaltbereitschaft. So kursierten im Juli 1942 in den östlichen Teilen des Distrikt Lublins, basierend auf „bisher im Einsatz gesammelten Erfahrungen“,

⁵² PATTINSON / SHEPHERD, *Partisan and Anti-Partisan Warfare*, S. 677.

⁵³ AIPN GK 104/284, Bl. 29.

⁵⁴ Zum Folgenden: AIPN GK/284, Bl. 9.

„grundsätzliche Ausführungen“, die „wiederholt und eingehend zum Gegenstand des Unterrichts zu machen“ waren.⁵⁵ Darin wurde zunächst festgestellt, dass „die bewaffneten Bolschewisten und Banditen“ besonders bedrohlich und hinterlistig seien und „mit Unerbittlichkeit, grausam und heimtückisch“ kämpfen würden. Im Kontext dieses Feind- und Bedrohungsszenarios sei es deshalb notwendig und in jeder Hinsicht legitim, die bewaffneten Gruppen „mit ihren eigenen Methoden zu bekämpfen und rücksichtslos auszurotten“. Angesichts dieses Gefühls diffuser Angst in der unscharf definierten Situation des Partisanenkrieges gelte dasselbe „auch für ihre Helfer und alle diejenigen, die ihnen Schutz und Unterstützung gewähren“.

Das eigene Handeln wurde so als reine Reaktion auf die Gewalttätigkeit der bewaffneten Gruppen rationalisiert. Gerade im Umgang mit der Zivilbevölkerung sei äußerste Vorsicht geboten, „jede Weichheit wäre unsoldatisch und unserem Wollen schädlich“, denn „jeder der einheimischen Bevölkerung ist als Helfer und Begünstiger verdächtig, soweit seine Parteinahme für uns nicht feststeht“. Die eingesetzten Einheiten sollten sich daher „beim Zusammenstoß mit Verdächtigen“ an dem Handlungsprinzip orientieren, stets „den ersten Schuss zu haben“. Praktisch bedeute dies, „dass auch bei nur andeutungsweisem Versuch eines Widerstandes von der Schusswaffe Gebrauch zu machen ist“. Die Eskalation der Gewalt und die Brutalisierung des alltäglichen Lebens auf dem Lande, die zahllosen Dorfeinäscherungen und Massenerschießungen im Kontext der Partisanenbekämpfungen, sind vor diesem Hintergrund in erster Linie auf radikale Weisungen in Bezug auf vermeintliche „Helfershelfer“ der Banditen zurückzuführen. Im Rahmen der alltäglichen „Bandenkampfpraxis“ sollte sichergestellt sein, „dass die Gehilfen und Helfershelfer die gleiche Strafe trifft wie die Täter. Ob die betreffende Person aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Banditen geschwiegen hat, ist dabei unerheblich und kann nur ausnahmsweise die Schuld ausschließen.“⁵⁶

Der Begriff des „Helfershelfers“ wurde im Kontext der alltäglichen Partisanenbekämpfung weit gefasst, so dass auch solche „Personen zu Rechenschaft zu ziehen“ waren, „die sich geweigert haben, gegen die Banditen vorzugehen“.⁵⁷ Insbesondere sie waren in den Augen deutscher Polizeikräfte „Helfershelfer der Banditen“. Prinzipiell war somit die gesamte polnische Landbevölkerung „bandenverdächtig“, waren alle pol-

⁵⁵ Zum Folgenden: BAL Dokumentensammlung 365w Polen, Sicherungsabschnitt Mitte, 15.7.1942.

⁵⁶ BAL Dokumentensammlung Polen 365x, HSSPF Ost, Betr.: Banditenbekämpfung, Standgerichte.

⁵⁷ AIPN GK 104/285, 25.8.1942, Einsatzbefehl II./Pol.Rgt. 25.

nischen Bauern in der Tendenz vogelfrei, hing ihr Leben an der Willkür der deutschen Partisanenjagd. Die Dynamik der alltäglichen „Bandenbekämpfung“ entsprang so auch einem umfassenden Generalverdacht und einem entgrenzten Feindbild, das potentiell keine Unschuldigen oder Unbeteiligten mehr kannte.

Im Kontext dieser umfassenden Feinddefinition wurden sukzessive auch traditionelle Grenzen militärischer Auseinandersetzungen für irrelevant erklärt. Die deutsche Partisanenbekämpfung brach mit der „männlichen Matrix des Krieges“,⁵⁸ dem kulturellen Verständnis des Krieges als einer Auseinandersetzung zwischen Männern. Zunehmend verschoben sich diese traditionellen Parameter der Kampfführung, indem nun auch Frauen in eine radikalisierte Feindprojektion integriert wurden.⁵⁹ Insbesondere alleinstehende Frauen gerieten in den Verdacht, als „Banditenbräute“ und „Flintenweiber“ den bewaffneten Gruppen Rückhalt, Unterstützung und Schutz zu geben. So identifizierte das I. Gendarmerie-Bataillon im Zuge diverser Streifgänge durch den ländlichen Raum gleich mehrere Frauen als „Banditenbräute“, bei denen „größere Mengen Fleisch- und Wurstwaren gefunden“ wurden. Kommandeur Schwieger hielt zufrieden in seinem Diensttagebuch fest:

„Ein Erfolg wurde durch die Unschädlichmachung von weiblichen Helfershelfern erreicht. 3 Frauen wohnten allein dicht am Waldrand in einem neu erbauten Haus. Hier hatten die Banditen mit den Frauen Vergnügungen abgehalten. Solche Nester müssen überall festgestellt und vernichtet werden, damit sie im kommenden Winter nicht wieder Unterschlupf für Banditen sein können.“⁶⁰

Grundsätzlich war der Kommandeur der Auffassung, „dass sehr viele alleinstehende Frauen und junge Mädchen z.T. gezwungen und z.T. freiwillig in dieser Weise zu den Banditen halten. Es wird notwendig sein, die so festgestellten Unterschlüpfe der Banditen restlos zu verbrennen.“⁶¹ Schwieger mahnte an, dass „auf Frauen viel zu wenig geachtet“ werde, dabei seien „sie unter Umständen noch gefährlicher als die Männer“.⁶²

Die Truppen der deutschen Ordnungspolizei durchstießen im Zuge der Partisanenbekämpfung letzte mentale Barrieren und entfesselten einen

⁵⁸ Der Begriff wurde geprägt von: KLINKHAMMER, Partisanenkrieg, S. 833-836.

⁵⁹ Analoge Entgrenzungsprozesse sind auch für den Balkan, die besetzten Gebiete der Sowjetunion und Westeuropa festzustellen, u. a.: MANOSCHEK, „Serbien ist judenfrei“; GERLACH, Kalkulierte Morde; LIEB, Konventioneller Krieg, S. 820; GENTILE, Wehrmacht.

⁶⁰ AIPN GK 104/284, Bl. 28-40.

⁶¹ AIPN GK 104/284, Bl. 43.

⁶² AIPN GK 104/284, Bl. 44.

potentiell grenzenlosen Krieg gegen die polnische Landbevölkerung. Gelegentlich sah sich die Sicherheitspolizei sogar gezwungen, den Eifer ihrer Kollegen mit dem Hinweis abzubremsen, dass Gefangene nicht sofort erschossen, sondern zunächst als potentielle Träger wichtiger Informationen verhört werden sollten.⁶³ Eine erfolgreiche Bekämpfung der bewaffneten Gruppen war mit diesen rücksichtslosen und willkürlichen Gewaltmethoden nicht zu erreichen. Auch der Kommandeur der Ordnungspolizei Lublin erkannte die Erfolglosigkeit der Partisanenbekämpfung: „Obwohl die Polizei am laufenden Band Banditen vernichtet, nimmt ihre Zahl nicht ab. Die Banden müssen also dauernd Zulauf erhalten.“⁶⁴

Verflechtung und Gewalt

Gleichzeitig stand die Partisanenbekämpfung im Generalgouvernement in jener „verhängnisvolle Nähe“⁶⁵ zu allen wesentlichen Politikfeldern der deutschen Besatzungsherrschaft, die das Jahr 1942 prägten und wesentlich zur Dynamisierung der Gewalt im Rahmen von „Bandenkampfaktionen“ beitrugen. Im Folgenden soll die Verflechtung der Partisanenbekämpfung mit parallelen Gewaltkomplexen und Ausbeutungsmaßnahmen durch Seitenblicke zumindest in Ansätzen geschildert werden.

Auf die Verbindung von Partisanenbekämpfung und Judenmord ist von der Forschung vielfach bereits hingewiesen worden.⁶⁶ Die Aktionen zur Partisanenbekämpfung lieferten einen Rahmen, in dem zum einen in so genannten „Judenjagden“ untergetauchte und versteckte jüdische Flüchtlinge aufgespürt und ermordet wurden, und zum anderen die noch existierenden Ghettos des ländlichen Raums im Zuge von Bandenkampfaktionen aufgelöst und deren Einwohner erschossen werden konnten.⁶⁷

⁶³ BAL Dokumentsammlung Polen 365w, KdO Lublin, Betr.: „Vernehmung festgenommener Banditen“, 21.9.1942.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Zitiert nach: INGO LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007, S. 416.

⁶⁶ CHRISTOPHER R. BROWNING, „Judenjagd“. Die Schlußphase der „Endlösung“ in Polen, in: Deutsche – Juden – Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN / JÜRGEN MATTHÄUS, Darmstadt 2006, S. 177–189; auch: DERS., Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 165–178.

⁶⁷ Zur Bedeutung des antisemitischen Feindbildes als „Kompass“ im Rahmen der Partisanenbekämpfung: MALLMANN, Die Türöffner der „Endlösung“, S. 445 ff.

In der alltäglichen Praxis der „Bandenbekämpfung“ vor Ort hegte etwa das motorisierte Gendarmerie-Bataillon die Befürchtung, „dass die Banditen durch die entwichenen Juden erheblichen Auftrieb erhalten würden“. Das Bataillon hielt es daher für eine „vordringliche Aufgabe, endlich einmal klare Verhältnisse zu schaffen“.⁶⁸ Ein Angehöriger des Bataillons erinnert den Nexus von „Bandenkampf“ und „Endlösung“ folgendermaßen:

„Es war damals so, dass jeweils vor dem Ausrücken zu einem Polizeieinsatz von dem Gruppenführer oder dem Zugführer, je nachdem, in welcher Stärke wir ausrückten, gesagt worden ist, dass bei eventuellen Durchsuchungen von Wäldern oder Ortschaften nach Partisanen, Partisanenverdächtigen oder Waffen, angetroffene Juden ohne weiteres zu erschießen seien, ganz gleich, ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelt, ob diese Juden nun Partisanen, partisanenverdächtig oder unverdächtig waren [...] Uns war allen klar, dass Juden, sobald sie angetroffen wurden, ‚umzulegen‘ seien“.⁶⁹

Ein Beispiel mag diesen Zusammenhang demonstrieren: So führten deutsche Polizeieinheiten am 12. Juli 1942 in dem Dorf Garbatka-Letnisko eine Anti-Partisanenaktion durch, nachdem es in der Umgebung einen Anschlag auf einen Zug gegeben hatte. Über 300 Einwohner Garbatkas und der umliegenden Ortschaften wurden in einer „Sühnemaßnahme“ verhaftet und erschossen. Im Verlauf dieser Aktion drangen deutsche Polizisten auch in das Ghetto in Garbatka ein und töteten etwa 30 Juden an Ort und Stelle. Eine größere Gruppe von etwa 60 Juden wurde in den umliegenden Wäldern erschossen; 74 Juden Garbatkas deportierten die Polizisten in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, wo sie innerhalb kürzester Zeit ermordet wurden.⁷⁰ Rückblickend rationalisierte Heinrich Himmler diese „Aktionen“ in einer Rede vor Generälen in Sonthofen: „Die Ghettos waren, so abgeschlossen sie auch gewesen sein mögen, die Zentrale jeder Partisanen- und Bandenbewegung.“⁷¹

Das Auftreten kleinerer, bewaffneter Gruppen in den Wäldern des Generalgouvernements machte den deutschen Entscheidungsträgern vor allem im Hinblick auf den kriegswirtschaftlichen Beitrag des GG große Sorgen. Um die massiven Forderungen der Berliner Zentralbehörden nach

⁶⁸ AIPN GK 104/284, Bl. 61.

⁶⁹ BAL B 162/6031, Aussage Theodor Müller, 24.4.1963, Bl. 585 ff. und 593 ff.

⁷⁰ Für den Hinweis auf diese Vorgänge und die Überlassung eines noch unveröffentlichten Manuskripts danke ich Martin Dean (Washington, D. C.); auch: MARTIN DEAN / SEBASTIAN PIĄTKOWSKI, Garbatka-Letnisko, in: The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945: Bd. 2: Ghettos in German-occupied Eastern Europe, hg. v. MARTIN DEAN, Bloomington 2012.

⁷¹ BRADLEY F. SMITH / AGNES F. PETERSON, Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, Frankfurt a. M. 1974, S. 203, Rede vom 24. Mai 1944.

landwirtschaftlichen Produkten und Zwangsarbeitern erfüllen zu können, wurden die Aktionen der Partisanenbekämpfung zunehmend mit der Eintreibung von Kontingenten und der Zwangsarbeiterrekrutierung verknüpft. Dadurch erhielten bestimmte Maßnahmen im Rahmen der Bandenbekämpfung vermeintlich kriegswirtschaftliche Legitimität. Im Kontext dieses kriegswirtschaftlich legitimierten Gewalteinsatzes galt der Grundsatz, dass

„von sogenannten Banditen angerichtete Schäden an Deutschen oder deutschen Interessen dienenden Gütern und Objekten, insbesondere an Erntevorräten [...] die Einwohner des betreffenden Ortes mit dem Verlust ihrer Heimat und ihres Lebens bezahlen [müssen]. Ausreden können wir nicht gelten lassen, da wir wissen, dass die Banditen und ihre Helfershelfer in den Ortschaften sitzen und der Bevölkerung bekannt sind.“⁷²

So umstellten am 7. August 1942 das II. Bataillon des Polizeiregiments 25, der Reiterzug Jozefów und Teile des motorisierten Gendarmerie-Bataillons das Dorf Aleksandrów, etwa 15 km südostwärts von Bilgoraj.⁷³ Wie später im Einsatzbericht festgehalten wurde, „lehnten [die Dorfeinwohner von Aleksandrów] es ab, den Deutschen Staat zu unterstützen, indem sie sich weigerten, irgendwelche Kontingente abzuliefern.“ Außerdem sei bekannt gewesen, dass die Dorfeinwohner Partisanengruppen in den Wäldern „weitgehendst“ unterstützen würden. Dadurch verloren sie in der Perspektive der deutschen Polizei ihre Existenzberechtigung. Das Dorf wurde umstellt, sämtliche Einwohner im Alter von 12 bis 60 Jahren evakuiert und in das Konzentrationslager Majdanek deportiert. Das Vieh, Getreide und sämtliche landwirtschaftlichen Geräte requirierten die deutschen Polizisten und verteilten sie auf die umliegenden Dörfer. „Nach der Räumung des Dorfes wurde Aleksandrow zur gleichen Zeit von allen Seiten in Brand gesteckt und dem Erdboden gleichgemacht.“

Auch die Rekrutierung von Zwangsarbeitern wurde mit der Partisanenbekämpfung verbunden. Ab Mitte September 1942 kursierte auf den Amtsstuben des Kommandeurs der Ordnungspolizei Lublin eine Weisung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, demzufolge das Generalgouvernement „bis Ende des Jahres [1942] 140.000 Arbeitskräfte für den Einsatz im Reich für Ernährungs- und Rüstungswirtschaft zu stellen“ habe.⁷⁴ Die deutschen Polizeikräfte verschleppten nun im Rahmen ihrer Aktionen zur Partisanenbekämpfung zunehmend junge Männer zur Zwangsarbeit. Freiwillige Meldungen zum Arbeitseinsatz kamen aufgrund jahrelanger Erfahrungen mit einer gewalttätigen deutschen Herrschaft kaum

⁷² AIPN GK 104/284, Bl. 29.

⁷³ AIPN GK 104/285, Bl. 11 f.

⁷⁴ AIPN GK 104/284, Bl. 70.

noch vor. In der Konsequenz versuchte der deutsche Besatzungsapparat, mit brutaler Gewalt die Berliner Vorgaben zu erfüllen.⁷⁵ „Der jüngere Bevölkerungsteil fürchtet sich vor der Erfassung für den auswärtigen Einsatz“, hielt etwa Erich Schwieger fest, „und zeigt damit, dass er nicht gewillt ist an der zu leistenden Aufbauarbeit teilzunehmen. Darum bestanden auch keine Bedenken, derartige Elemente auf der Flucht zu erschossen.“⁷⁶

Noch Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Herrschaft in Polen wurden die dabei ergriffenen Maßnahmen von Angehörigen der deutschen Gendarmerie als durchaus verhaltensadäquat charakterisiert. Theodor Müller beschrieb im Jahre 1962, wie er „mehrmals mit weiteren Kameraden zu einer Einheit abgestellt worden“ sei, „die junge männliche Polen zusammenholte, um diese zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu schicken.“⁷⁷ Müller erinnerte sich, dass Einheiten die entsprechenden Ortschaften „wie üblich bei derartigen Aktionen“ umstellten, in das Dorf eindringen und Männer in arbeitsfähigen Alter suchen:

„Es war so, dass wir jeweils zu zweit in ein Haus gegangen sind und falls wir einen geeigneten Mann antrafen, wurde dieser aufgefordert, mitzukommen. Falls dies nicht freiwillig erfolgte, musste er trotzdem mitgenommen werden.“

Auf Nachfrage des ermittelnden Kriminalbeamten, ob es hierbei zu Ausschreitungen, Misshandlungen oder anderen Gewalttätigkeiten gekommen sei, antwortete Müller: „Nein. Wenn so ein Pole einmal einen Schuhtritt in den Arsch gekriegt hat, so ist das für mich noch keine Mißhandlung.“ Und auch bei solchen Aktionen galt in seiner Erinnerung das grundsätzliche Handlungsprinzip der Einheit im „Partisanenkampf“: „Geschossen wurde bei jeder Aktion.“

Schlussbetrachtung

Die Anfänge der Partisanenbekämpfung fielen zeitlich zusammen mit einem bedeutsamen Radikalisierungsschub der deutschen Besatzungspolitik, der gekennzeichnet war durch die Ermordung der polnischen Juden, das intendierte Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, eine intensiviertere Ausbeutung der polnischen Landwirtschaft und massenhafte Zwangsarbeiterrekrutierungen. Die Entwicklung von Partisanengruppen war eng mit dieser besatzungspolitischen Brutalisierung verbunden und schuf auf Seiten

⁷⁵ U. a. JACOBMEYER, Widerstandsbewegung.

⁷⁶ AIPN GK 104/284, Bl. 44.

⁷⁷ Zum Folgenden: BAL B 162/6031, Aussage Theodor Müller, 24.4.1963, Bl. 596.

des deutschen Besatzungsapparates ein Gefühl unmittelbarer Bedrohung, dem mit den Gewaltmethoden der „Bandenbekämpfung“ begegnet wurde. Dabei verzahnte sich die Partisanenbekämpfung mit den radikalisierten Politikbereichen des Jahres 1942 und bildete einen entgrenzten Handlungsrahmen für ein breites Spektrum von Gewalt gegen Zivilisten im ländlichen Raum. Systematisch ist die deutsche Partisanenbekämpfung innerhalb der vielfach verflochtenen Strukturen von Gewalt gegen verschiedene Opfergruppen zu verorten und erfasste neben jüdischen und sowjetischen Flüchtlingen der großen Gewaltkomplexe des Jahres 1942 auch und vor allem die polnische Landbevölkerung.

Auf Grundlage einer radikalen Feindprojektion entwickelte sich die Partisanenbekämpfung zu einer Vielzahl kleinerer Feldzüge gegen die polnische Landbevölkerung, in deren Rahmen zur Wiederherstellung von „Sicherheit“ Gewalt gegen alle potentiellen Unruhestifter angewendet wurde. In der Praxis führte dieser „Kleinkrieg“ zu einer ausgreifenden Veralltäglichen von Gewalt im ländlichen Raum, der laut einer Statistik des Befehlshabers der Sicherheitspolizei bis zum Jahresende 1942 17.386 „Banditen“ zum Opfer gefallen waren.⁷⁸

Diese alltägliche Gewaltpraxis der Partisanenbekämpfung war weitgehend dysfunktional und schuf erst jene Rekrutierungsmöglichkeiten, die die bewaffneten Gruppen zu einem Risikofaktor der deutschen Herrschaft machten. Daran sollte sich auch nichts ändern, nachdem das Generalgouvernement im Sommer 1943 in Erich von dem Bach-Zelewskis Reich der „Bandenkampfgebiete“ eingegliedert wurde. Zwar wurden nun durch Personalrochaden und Methodentransfers jene rücksichtslosen Gewaltmethoden der „Großunternehmen“ zunehmend auch im Generalgouvernement angewendet, die bereits ab Frühjahr 1942 – freilich in ganz anderen Dimensionen – das Geschehen in den besetzten sowjetischen Gebieten bestimmten: In diesen militärisch konzipierten Aktionen rückten in der Regel mehrere Tausend Polizisten, Soldaten und „Hilfswillige“ gegen große „bandenverdächtige“ Gebiete aus. Sie hinterließen entvölkerte und verheerte Landstriche, brannten Dörfer und Ortschaften bis auf die Grundmauern nieder und ermordeten deren Einwohner.⁷⁹

⁷⁸ Schöngarth nannte diese Zahl ohne Aufschlüsselung der Opfergruppen; PRÄG / JACOBMEYER, Diensttagebuch, S. 611 ff.

⁷⁹ Zu den Großunternehmen vgl. u. a.: GERLACH, Kalkulierte Morde, S. 859 ff.; auch: PETER KLEIN, Zwischen den Fronten. Die Zivilbevölkerung Weißrusslands und der Krieg der Wehrmacht gegen die Partisanen, in: „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, hg. v. BABETTE QUINKERT, Hamburg 2002, S. 82-103.

„Sicherheit und Ordnung“ konnte auch durch diesen massiven Gewalteininsatz nicht erreicht werden. Das Scheitern signalisiert das grundsätzliche Methodenversagen einer deutschen Partisanenbekämpfung, die auf einer weitgehenden Deregulierung von Gewalt gegen Zivilisten beruhte.